

Walther L. Bernecker

Spanien im letzten Jahrzehnt: vom Aufschwung zum permanenten Krisenmodus

Der Beitrag skizziert die Entwicklung Spaniens seit dem Übergang des Landes von der Diktatur in die Demokratie und fragt insbesondere nach politisch-wirtschaftlichen Erfolgen und deren Hintergründen, nach Krisen und deren Bewältigung und kontrastiert dabei die ersten Jahre der Transition mit dem letzten Jahrzehnt. Dabei wird deutlich, wie der Konsensgedanke der postdiktatorischen Jahre, der die friedliche Systemtransformation erst ermöglichte, in wenigen Jahrzehnten abhanden gekommen ist und damit die heftigen Krisen der letzten Jahre wegen fehlender Staatsverantwortung seitens der politischen Eliten nicht bewältigt werden konnten, die Krisen somit nicht als Anlass zu grundlegenden, jedoch dringend erforderlichen Reformen genutzt wurden.

Der friedliche Übergang vom autoritären Franco-Regime in eine liberal-parlamentarische Monarchie hat in den Jahren nach dem Tod des Diktators (1975) die internationale Aufmerksamkeit auf Spanien gelenkt und verstärktes Interesse von Publizistinnen und Publizisten, Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern hervorgerufen. Das Besondere des Regimewandels bestand darin, dass er unter Leitung und Kontrolle der franquistischen Institutionen und eines Teils der in ihnen vorherrschenden politischen Elite durchgeführt wurde. Damit ging er formal innerhalb der von Franco errichteten Legalität vor sich und brach nicht mit dem autoritären Verfassungsrecht des Franquismus, inhaltlich jedoch stellte er nicht eine Reform oder Revision des franquistischen Systems dar, sondern war – unter Bruch mit den Strukturprinzipien des autoritären Regimes – dessen Ersetzung durch eine neue, auf demokratischen Prinzipien basierende Regierungsform.

Die Transition: ein Erfolgsmodell?

Die eingeschlagene Lösung verzichtete auf die abrupte Demontage des Franco-Systems, setzte statt dessen auf den langsamen Wandel, auf das kompromisshafte Aushandeln von Änderungen, auf den „paktierten“ Übergang. Die *transición* erfolgte als Reform; ihre Originalität bestand darin, dass sie politisch als Verhandlung zwischen Regierung und Vertreterinnen und Vertretern des alten Regimes einerseits, den Kräften der demokratischen Opposition andererseits erfolgte, dass sie verfassungsrechtlich mittels den in den franquistischen „Grundgesetzen“ für deren Revision vorgesehenen Mechanismen stattfand, so dass die franquistische Legalität für ihre eigene Ersetzung durch eine neue, demokratische Legalität instrumentalisiert wurde.

Die erste, entscheidende Maßnahme im Prozess des Übergangs war die Ablösung von Arias Navarro durch den ebenfalls aus dem alten Regime stammenden, aber reformfreundigen Adolfo Suárez (1932-2014) im Amt des Ministerpräsidenten (Juli 1976). Suárez' Strategie, die bereits im „Projekt für die politische Reform“ (September 1976) zum Ausdruck kam, war dualer Art: Einerseits musste er die erforderliche Unterstützung seitens der Franquisten für die geplanten, als

„Reform“ dargestellten Änderungen erwirken, andererseits zielte er auf Duldung des eingeschlagenen, inhaltlich als „Bruch“ dargestellten Reformprozesses seitens der demokratischen Opposition ab.

Im November 1976 stimmten die *Cortes* dem „Gesetz über die politische Reform“ zu, das die Ersetzung der Ständekammer durch ein allgemein gewähltes Zweikammerparlament (mit verfassunggebenden Vollmachten) vorsah; bei einem Referendum (Dezember 1976) über das Gesetz sprachen sich bei einer hohen Wahlbeteiligung (über 77 Prozent) mehr als 95 Prozent der Abstimmenden für das Reformprojekt aus. Mit der Annahme des Reformgesetzes gilt die erste Phase der *transición* als beendet.

In der danach beginnenden zweiten Phase hing die Dynamik des Wandels weit mehr als zuvor vom (zuerst impliziten, später expliziten) Konsens zwischen Regierung und demokratischer Opposition ab. *Consenso* wurde fortan zum Schlüsselwort aller wichtigen, den Übergang bestimmenden Entscheidungen. Die Hauptstationen in dieser zweiten Phase waren die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften, die Parlamentswahlen von 1977, die soziopolitischen „Moncloa-Pakte“ (Oktober 1977) und die Verfassung von 1978.

Während der ersten Jahre nach Francos Tod stand die schwierige Änderung der politischen Strukturen, die oft genug einer gefährlichen Gratwanderung glich und alle politischen Energien absorbierte, im Vordergrund; Sanierung und Modernisierung der Wirtschaft (vor allem im Hinblick auf den angestrebten und 1986 schließlich vollzogenen EG-Beitritt) wurden 1976/77 vernachlässigt. Die Übergangsphase zur Demokratie fiel auch mit zweistelligen Inflationsraten, zahllosen Konkursverfahren, wilden Streiks und einem rapiden Anstieg der Arbeitslosigkeit zusammen. Die ökonomische Entwicklung und vor allem ihre sozialen Auswirkungen blieben äußerst kritisch: Arbeitslosigkeit und Drogenkonsum wurden zum Hauptproblem der Jugend; im Land mit der höchsten Arbeitslosenquote Westeuropas hatte nicht einmal die Hälfte der unter Zwanzigjährigen Aussicht auf eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz. Das zweite große Problem der *transición*, neben der Bewältigung der Wirtschaftskrise, war die Autonomiefrage, die sich besonders dringlich im Baskenland mit der beängstigenden Zunahme an ETA-Attentaten und

Ermordungen, und in Katalonien, bald aber auch in anderen Regionen des Landes stellte. Nach heftigen und jahrelangen Auseinandersetzungen erfolgte schließlich eine integrale Regionalisierung des Landes, d.h. eine regionalpolitische Neuordnung Gesamtspaniens. Inzwischen ist Spanien ein Staat von 17 Autonomen Gemeinschaften.

Das Ende der *transición* wird unterschiedlich angesetzt: Für die meisten ist es mit der Verabschiedung der Verfassung Ende 1978 erreicht; andere geben 1981 an, nachdem die spanische Demokratie in der Abwehr des Tejero-Putsches (23. Februar 1981) ihre Bewährungsprobe bestanden hatte; wieder andere sprechen von 1982, da in jenem Jahr die Sozialisten die Regierungsgewalt übernahmen und damit ein in liberalparlamentarischen Demokratien übliches Alternieren in der Regierung zwischen „linken“ und „rechten“ Parteien begann.

Als eigentliche Architekten des Übergangs zur Demokratie gelten vielen Beobachterinnen und Beobachtern König Juan Carlos und Ministerpräsident Adolfo Suárez; hinzuzufügen sind in jedem Fall die politische Mäßigung des spanischen Volkes und die Selbstverpflichtung der politischen Pole – der Rechten von Alianza Popular durch Manuel Fraga Iribarne und der Kommunisten durch Santiago Carrillo – auf das demokratische Reformprogramm. Zwei wichtige Voraussetzungen waren für das Gelingen der Übergangsleistung entscheidend: Zum einen liegen die tieferen Gründe für den politischen Wandlungsprozess in den strukturellen Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft; von entscheidender Bedeutung war das Vorhandensein einer „modernen“ und weitgehend säkularisierten Gesellschaft. Zum anderen ließ die nachwirkende traumatische Erfahrung mit der Gewalt, insbesondere während des Bürgerkrieges (1936-1939) und in den ersten, stark repressiven Nachkriegsjahren, bei allen Beteiligten die Neigung zu Kompromissen deutlich steigen.

Die Regierungszeit der Sozialisten: Aufschwung und Krise

Die lange Epoche der PSOE-Regierungstätigkeit (1982-1996) lässt sich unter zwei Rubriken zusammenfassen: Sozial- und wirtschaftspolitisch ging es um eine längst überfällige Modernisierung, d.h. um die erforderliche strukturelle Anpassung an die Weltwirtschaft; außen- und sicherheitspolitisch standen zuerst der Eintritt in die Europäischen Gemeinschaften und der Verbleib in der NATO, später dann die Integration in die supranationalen Organisationen der westlichen Hemisphäre zur Debatte. In beiden Bereichen sollte es zu erheblichen Friktionen und Widersprüchen kommen.

Blickt man auf die lange Regierungszeit des PSOE zurück, so drängt sich ein ambivalenter Eindruck auf: Einerseits ist auf beachtliche Erfolge zu verweisen, die es der Partei ermöglichten, die unter demokratischen Verhältnissen außerordentlich lange Zeit von fast 14 Jahren zu regieren. Andererseits ist eine Negativbilanz unübersehbar, die schließlich zur Abwahl des PSOE führte. Im sozio-ökonomischen Bereich etwa wird deutlich, dass Spaniens Sozialisten die Restriktionen des Weltmarkts und den Modernisierungsdruck durch den EG-Beitritt als handlungsbestimmend betrachteten. Dementsprechend konzentrierte sich die Politik in einer ersten

Phase auch auf die Modernisierung der Wirtschaft, und erst für eine zweite Etappe war der umfassende Aufbau eines Wohlfahrtsstaats vorgesehen. Dementsprechend war auch der ökonomische Modernisierungsschub in der Ära González gewaltig: Das Bruttoinlandprodukt Spaniens stieg seit Mitte der achtziger Jahre im Jahresdurchschnitt um 2,9 Prozent (EU-Durchschnitt: 2,4 Prozent), die Inflationsrate konnte halbiert werden, die Devisenreserven vervierfachen, der Außenhandel verfünffachte, die jährlichen Auslandsinvestitionen verachtfachen sich.¹ Das Wohlstandsniveau der Bevölkerung wurde spürbar erhöht.

Auch außenpolitisch ist die Bilanz der Ära González erfolgreich: Zuerst ist die Verbesserung des internationalen Ansehens Spaniens durch das „Superjahr“ 1992 (Olympische Spiele in Barcelona, Weltausstellung in Sevilla, Madrid Kulturhauptstadt Europas) zu nennen. Sodann ist auf die besonders erfolgreiche Europa-Politik des überzeugten Europäers González zu verweisen: Das Gewicht Spaniens in der Europäischen Union nahm zu, für den Friedensprozess im Nahen Osten war Spanien ein bedeutender Vermittlungspartner, jahrelang war der angesehene Außenpolitiker Javier Solana NATO-Generalsekretär, später war er von 1999 bis Ende November 2009 Generalsekretär des Rates der Europäischen Union und Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Die Ära González weist allerdings auch eine andere Seite auf: Bei Regierungsantritt der Sozialisten (1982) betrug die Staatsverschuldung 31,4 Prozent des Bruttoinlandproduktes, am Ende ihrer Regierungszeit (1996) lag sie bei 65 Prozent – trotz langjährigen Wachstums, milliardenfacher Unterstützung aus der Brüsseler EU-Kasse und eines stark gestiegenen Steuerdrucks. Im Hinblick auf die Maastrichter Konvergenzkriterien blieb die spanische Wirtschaft zwischen 1982 und 1996 deutlich hinter den Mindestanforderungen zurück, eine Teilnahme an der vorgesehenen Währungsunion erschien lange Zeit unwahrscheinlich. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau für die Verlierer des ökonomischen Modernisierungsprozesses waren auch die Hauptgründe, weswegen sich zuerst die Gewerkschaften und allmählich immer breitere Schichten der Gesellschaft von der Regierungspolitik abwandten.

In den neunziger Jahren sah sich die Regierung ständigen Krisen ausgesetzt. Die Korruptionsaffären rissen nicht ab. Ende 1994 gesellte sich zu den zahlreichen Vorwürfen der Verdacht des Staatsterrors: Im Auftrag oder zumindest mit Billigung des staatlichen Polizeiapparats soll die 1983-1987 aktive Terrorgruppe *Grupos Antiterroristas de Liberación* (GAL; „Antiterroristische Befreiungsgruppen“) Attentate gegen Mitglieder der baskischen Organisation ETA mit dem

¹ Sofern nicht ausdrücklich anders angegeben, ist die Quelle aller in diesem Artikel genannten Wirtschafts- und Sozialdaten das Spanische Amt für Statistik INE (Instituto Nacional de Estadística, online: www.ine.es). Vgl. weiterhin zu Spanien und zur EU die Daten des Statistisches Bundesamtes, des Internationalen Weltwährungsfonds (International Monetary Fund) und der Europäischen Union.

Auf weitere Belege wird im Folgenden weitgehend verzichtet, um den Charakter eines Essays beizubehalten.

Ziel verübt haben, die baskische Unabhängigkeitsbewegung durch gezielten Gegenterror zu zerschlagen. Die nicht abbreißende Kette von Skandalen und Verdächtigungen führte zu erheblichen Einbrüchen des PSOE in der Gunst der Wählerinnen und Wähler. Dafür gewannen die Konservativen des *Partido Popular* (PP, „Volkspartei“) zunehmend an politischem Einfluss. Die Partei war nach verschiedenen Umbenennungen 1989 aus der früheren „Volksallianz“ (*Alianza Popular*) *Fraga Iribarnes* hervorgegangen. Nachdem unter der Führung dieses Altfranquisten offensichtlich kein großer Stimmenzugewinn zu erreichen war, öffnete sich die neu konstituierte Partei zur Mitte und präsentierte sich pausenlos als Alternative für die Mittelschichten.

Bei den Wahlen vom 3. März 1996 wurde die Volkspartei zwar zur stärksten politischen Kraft; ihr Vorsprung vor den Sozialisten fiel jedoch weit geringer als allgemein erwartet aus. Mit den vorgezogenen Neuwahlen und dem Regierungswechsel kehrte in Spaniens Politik wieder Ruhe ein. Die Krisenstimmung und das spannungsgeladene Klima der vorhergehenden Jahre waren überwunden.

Die konservative Wende (1996): Licht und Schatten

Bei seinem Regierungsantritt fand der neue Ministerpräsident José María Aznar positive volkswirtschaftliche Zahlen vor: Die Aktienkurse waren auf einem historischen Höchststand, die Zinsen fielen auf das niedrigste Niveau seit mehreren Jahren, die Peseta stieg auf ein neues Jahreshoch. Mit rund 2,2 Millionen arbeitslos gemeldeten Personen erreichte die Arbeitslosigkeit Mitte 1996 den niedrigsten Stand seit 1982. Zurückgeführt wurde die Senkung der Arbeitslosenzahlen auch auf die schnellen Arbeitsmarktreformen der Regierung (drastische Liberalisierung des Arbeitsrechts, Legalisierung von „Lehrlingsverträgen“ mit Taschengeldbezahlungen).

Der Regierungswechsel von 1996 führte in Spanien zum Gefühl einer Zeitenwende. Die Rückkehr der Konservativen an die Macht war für Spanien insofern von großer psychologischer Bedeutung, als damit „Normalität“ unter demokratischen Bedingungen demonstriert werden konnte, nachdem zuvor die Überzeugung weitverbreitet gewesen war, die Rechte sei in Spanien nicht mehrheitsfähig.

Trotz der beeindruckenden Wirtschaftszahlen zu Beginn der konservativen Regierungsepoche blieb die Arbeitslosigkeit ein ungelöstes Problem. Im Jahr 2000 beschäftigte die spanische Wirtschaft rund 12,5 Millionen Personen, eine halbe Million weniger als 1974, obwohl die spanische Bevölkerung in diesem Zeitraum um knapp vier auf 39,3 Millionen Personen gewachsen war. Außerdem war ein Großteil der neugeschaffenen Arbeitsplätze zeitlich begrenzt. Rund 38 Prozent aller Verträge hatten kurze Laufzeiten, in der Land- und der Bauwirtschaft betrug die Zeitarbeitsverträge sogar 63 Prozent. Die Arbeitsmarktreformen der konservativen Regierung liberalisierten das Arbeitsrecht so weit, dass außertarifliche Arbeitsverträge, Zeit- und Praktikantenanstellungen unterhalb des Mindestlohns ermöglicht wurden. Nach wie vor bestanden auch erhebliche strukturelle Probleme im Bereich der regionalen und der Jugendarbeitslosigkeit.

Spanien konnte ohne Schwierigkeiten die Maastrichter Konvergenzkriterien erfüllen. Das Preisstabilitätskriterium wurde mit 1,8 Prozent problemlos erreicht, das öffentliche Defizit sank unter den Referenzwert, die Schuldenquote war rückläufig, der durchschnittliche langfristige Zinssatz erfüllte die vorgeschriebenen Bedingungen. Die ökonomische Entwicklung war außerordentlich günstig, das Wirtschaftswachstum größer als der EU-Durchschnitt. „Euroforia“ wurde zum Schlüsselwort an Spaniens Börsen, die Aktienkurse kletterten auf historische Rekordhöhen. Da die konservative Regierung im politischen Bereich keine gravierenden Fehler machte, ging sie mit guten Voraussetzungen in die Parlamentswahlen von März 2000. Der *Partido Popular* gewann (mit 44,5 Prozent der Stimmen) bei dieser Wahl die absolute Mehrheit der Parlamentssitze. Deutlich abgeschlagen folgten die Sozialisten mit lediglich 34,1 Prozent; ihr Spitzenkandidat und PSOE-Generalsekretär Joaquín Almunia trat nach dieser Niederlage von allen Parteiämtern zurück und wurde kurz danach auf dem 35. PSOE-Bundeskongress von José Luis Rodríguez Zapatero abgelöst. Damit übernahm bei den Sozialisten eine noch junge Generation mit der Bezeichnung „Neuer Weg“ die Führung.

Makroökonomisch wurde Spanien in den Folgejahren zum EU-Musterknaben. Der Beitritt zur Währungsunion entfachte im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts einen Konsum- und Bauboom, den das Land und der Kontinent in dieser Form noch nicht gesehen hatten: Bis 2007 wurden in einem Jahr in Spanien zeitweise mehr Wohneinheiten gebaut als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen. Viele Spanier und institutionelle Anleger ließen sich aufgrund der niedrigen Zinsen und der rapide steigenden Immobilienpreise dazu hinreißen, mit Immobilien zu spekulieren. Durch die günstigen Finanzierungsangebote der lokalen Sparkassen wurde der Kauf einer Wohnung auch für Einkommensschwache attraktiv. Hohe Wachstumsraten machten Spanien zu einem der gefragtesten Investitionsländer in der EU, der Wohlstand wuchs spürbar. (vgl. Haubrich 2010, S. 3 ff.)

Ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der Franco-Diktatur hatte das Land den Anschluss an Europa auch in den Kategorien realer Konvergenz geschafft. Der Transformationsprozess von einer ebenso abgeschotteten wie zurückgebliebenen Staatsverwaltungswirtschaft zur wettbewerbsfähigen offenen Marktwirtschaft war allerdings lange und mühsam; und ohne die massive Hilfe und Rückendeckung der Europäischen Gemeinschaft, der Spanien als Vollmitglied seit 1986 angehört, und später der Europäischen Union wären Wohlstandssprung und Wirtschaftswandel kaum möglich gewesen. Sowohl in der Regierungszeit González' als auch Aznars war Spanien der größte Nettoempfänger von Gemeinschaftsmitteln in Mrd. Euro (vor allem aus dem Kohäsions- und Strukturhilfefonds) (vgl. Europäische Kommission 2008, S. 98 ff. u. Köhler 2010, S. 9). Die Süderweiterung der Gemeinschaft hat sich im Rückblick für alle Beteiligten gelohnt.

Insgesamt kann man der Wirtschaftspolitik der beiden Regierungen Aznar (1996-2004) beachtliche Erfolge im makroökonomischen Bereich attestieren. Auch die Arbeitsmarktsituation verbesserte sich in jenen Jahren erheblich: Bis

2005 war die Arbeitslosenquote auf rund 8,5 Prozent gefallen. Die Gewerkschaften trugen durch Lohnzurückhaltung und Streikeindämmung erheblich zu den wirtschaftlichen Stabilitätserfolgen bei.

Einen richtiggehenden Paradigmenwechsel nahm Aznar in der Außenpolitik vor: Er gab den Beziehungen zu den USA Priorität und riskierte damit eine weitgehende Isolierung in Europa. Hierzu trug auch die Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrages und das Insistieren auf den in Nizza im Dezember 2001 beschlossenen Regelungen bei. Von Anfang an unterstützte der Regierungschef vorbehaltlos den Kurs der US-Regierung in der Irak-Krise. Dieser Weg einer Allianz mit den USA ging zu Lasten anderer traditioneller Felder der spanischen Außenpolitik, die vor allem in Europa, dem Mittelmeerraum und Lateinamerika liegen. Im Frühjahr 2003 folgten millionenfache Massenkundgebungen gegen das spanische Engagement im Irak-Krieg; gegen die Arbeitsmarktreform der Regierung riefen die Gewerkschaften einen Generalstreik aus.

Eine Gesamteinschätzung der Regierungszeit Aznars muss differenziert ausfallen und zwischen der ersten und der zweiten Legislaturperiode unterscheiden. Während in den ersten vier Jahren die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Nationalisten der Peripherie im Vordergrund stand, die Wirtschaft florierte und das Land der Eurozone beitrug, dominierte in den zweiten vier Jahren die Konfrontation mit den Gewerkschaften und den baskischen Nationalistinnen und Nationalisten, das Durchpeitschen von Reformen ohne Berücksichtigung der Opposition, allgemein: ein arroganter, präpotenter Politikstil.

Als der Wahlkampf für die Parlamentswahlen im Frühjahr 2004 sich seinem Ende zuneigte, kam es am Morgen des 11. März in Madrid zu dem verheerendsten terroristischen Anschlag in der Geschichte des Landes, bei dem 191 Menschen getötet und knapp 2000 verletzt wurden. Auf Druck von Ministerpräsident Aznar wurde sofort ETA als Urheber der Attentate bezeichnet, um damit weiterer Kritik an der spanischen Irakpolitik vorzubeugen und die für die Konservativen befürchteten negativen Auswirkungen bei den bevorstehenden Parlamentswahlen zu verhindern. ETA dementierte jedoch umgehend jede Beteiligung und beschuldigte stattdessen islamistische Gruppen. Bereits am Abend des 12. März verdichteten sich die Anzeichen auf einen islamistischen Hintergrund; die Regierung beharrte allerdings aus wahltaktischen Gründen auf ihrer Theorie der ETA-Täterschaft, obwohl immer deutlicher wurde, dass sie sich damit im Widerspruch zur Annahme der Untersuchungs- und Sicherheitsbehörden befand, die längst die islamistische Täterfährte verfolgten. Bei der Aufklärung des Attentats in den folgenden Monaten wurde der Regierung Aznar zu Recht immer wieder vorgeworfen, die Öffentlichkeit bewusst getäuscht zu haben. Dieses Täuschungsmanöver mobilisierte am letzten Tag vor der Abstimmung viele Nicht-Wählerinnen und Nicht-Wähler, die am 14. März ihre Stimme schließlich überwiegend den Sozialisten gaben und damit dem PSOE unter seinem Generalsekretär José Luis Rodríguez Zapatero mit 42,6 Prozent der abgegebenen Stimmen zu einem uner-

warteten Wahlsieg verhalfen. Die manipulatorische Informationspolitik der Regierung dürfte die Konservativen den Wahlsieg gekostet haben.

Der Beginn des Krisenjahrzehnts

Die neue sozialistische Exekutive ging 2004 mit großer Geschwindigkeit an die ersten Reformen, die in vielerlei Hinsicht Maßnahmen der Vorgängerregierung revidierten: Das spanische Truppenkontingent wurde sofort aus dem Irak zurückgerufen; außenpolitisch wurden die Beziehungen zu den traditionellen Partnern Frankreich und Deutschland sowie im Mittelmeerraum zu Marokko wieder aufgewertet; europapolitisch wurde die Blockadehaltung der konservativen Vorgängerregierung im Hinblick auf die Verabschiedung des europäischen Verfassungsvertrages revidiert, die spanische Bevölkerung stimmte 2005 in einem Referendum für den Verfassungsvertrag. Verschiedene Reformen im Gesellschaftsbereich führten zu einer ernsthaften Konfrontation mit der katholischen Kirche: die Legalisierung der Homosexuellen-ehe, die weitere Liberalisierung des Scheidungsrechts, die Abschaffung des obligatorischen Religionsunterrichts.

Zu einem der wichtigsten Projekte der sozialistischen Regierung wurde die Reform der Autonomiestatute. Dieses Thema, insbesondere das katalanische Estatut, hielt die Politikerinnen und Politiker des Landes mehrere Jahre lang beschäftigt. (vgl. Bernecker 2018, S. 346 ff.) Nach vielen Debatten verabschiedeten 2005/2006 das katalanische und das gesamtspanische Parlament ein neues Autonomiestatut, das in einem Referendum von der katalanischen Bevölkerung angenommen wurde. Lange konnten sich die Katalaninnen und Katalanen allerdings nicht an ihrem überarbeiteten Autonomiestatut erfreuen. Die oppositionelle Volkspartei stellte nämlich vor dem Verfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit von nicht weniger als 114 (von insgesamt 223) Artikeln in Frage. Das von Flügeln geschwächte Verfassungsgericht benötigte ganze vier Jahre, bis es schließlich Mitte 2010 ein Urteil fällte: Der weitaus größte Teil des neuen Autonomiestatuts wurde zwar für verfassungsgemäß erklärt, aber an einigen besonders empfindlichen Stellen wurden die Grenzen aufgezeigt, die Autonomiestatute nicht überschreiten dürfen. So wurde der Begriff „Nation“ für Katalonien in der Präambel des Statuts für „rechtlich bedeutungslos“ erklärt, und bei der „bevorzugten Stellung“ des Katalanischen als offizieller Sprache sowie der Justiz und Steuerhoheit der Region wurden Einschränkungen verfügt.

Alle in Katalonien vertretenen Parteien reagierten empört auf den Richterspruch. Das Urteil des Verfassungsgerichts brachte somit das Problem des katalanischen Nationalismus einer Lösung nicht näher; es hat vielmehr die Spannungen verschärft. In der Folge war nämlich in Katalonien ein dramatischer Anstieg des Unabhängigkeitswillens zu registrieren, die katalanischen Nationalisten führten eine gewaltige finanzielle Benachteiligung durch Spanien ins Feld. Am katalanischen Nationalfeiertag (Diada) des Jahres 2012 demonstrierten in Barcelona Hunderttausende unter dem Motto „Katalonien, ein neuer Staat Europas“ für die Loslösung von Spanien. Die

Demonstrationen der Folgejahre nahmen immer gewaltigere Ausmaße an. Getragen von einer Welle des Separatismus, die die ganze Autonome Gemeinschaft erfasste, kündigte der katalanische Ministerpräsident Artur Mas eine Volksbefragung an, damit das katalanische Volk „über seine Zukunft entscheide“. Ziel sei ein eigener Staat in der EU. In den folgenden drei Jahren zog sich das politische und juristische Tauziehen über die Zulässigkeit einer solchen Volksbefragung zwischen Madrid und Barcelona in zermürender Weise hin; die Zentralregierung und das Verfassungsgericht unterbanden das Referendum als verfassungswidrig, schließlich kam es nur zu einer unverbindlichen Volksbefragung, bei der sich die überwältigende Mehrheit der Abstimmenden für einen „eigenen Staat“ im Rahmen der EU aussprach.

Schienen die wichtigsten Probleme des Landes seit Francos Tod (Übergang von der Diktatur in die Demokratie, Demokratisierung der Streitkräfte, Regionalisierung der Staatsverwaltung, Integration in die Strukturen der Europäischen Gemeinschaft, Abbau der Arbeitslosigkeit) einigermaßen zufriedenstellend gelöst zu sein, so war zu Beginn des neuen Jahrtausends das Problem des ethnisch motivierten Terrorismus nach wie vor ungelöst. (Vgl. Bernecker 2018, S. 321 ff.) Der ETA-Terrorismus entwickelte sich sogar mit seinen im spanischen Kontext einzigartigen militanten Ausdrucksformen während der Regierungszeit der Konservativen zur gravierendsten Belastung von Politik und Gesellschaft des Landes. Der ethnische Nationalismus des Baskenlandes beruhte ja traditionellerweise auf der Konfliktachse Zentrum-Peripherie, die seit Erlass des Autonomiestatuts von Gernika (1979) allerdings zunehmend zu einer innerbaskischen Problemlage geworden war. Nach Francos Tod prägten zahlreiche Attentate, Entführungen und Bombenanschläge von ETA-Seite die Terrorismusszene.

Die im Lauf der Jahre erzielten polizeilichen Erfolge im Kampf gegen ETA ließen diese zu drastischeren und radikaleren Mitteln greifen. Es kam zu spektakulären Entführungen und aufsehenerregenden Morden, auch die baskische Polizei (Ertzaintza) wurde Opfer von Attentaten. Längst war der frühere Konflikt zwischen Baskenland und Zentralregierung zu einer innerbaskischen Auseinandersetzung geworden. Seit Jahren war allerdings auch eine zunehmende Distanzierung der baskischen Gesellschaft von ETA festzustellen; es hatte sich eine starke Widerstandsfront gegen das radikal-nationalistische Lager und dessen Gewalttaten gebildet.

Zwischen 2006 und 2010 änderte sich das politische Klima im Baskenland dramatisch: Zum einen waren die polizeilichen Aktionen gegen ETA wiederholt erfolgreich, verschiedene Führungsgruppen der Terrorismusorganisation wurden zerschlagen, zudem schwächten interne Spaltungen ihre Schlagkraft weiter (vgl. Bernecker 2010, S. 18 ff.). 2010 bestand kein Zweifel mehr daran, dass ETA schwächer denn je in ihrer Geschichte war. Zum anderen erlebte das Baskenland im Frühjahr 2009 einen historischen Politikwechsel: Der aus den Regionalwahlen geschwächt hervorgegangene PNV musste – zum ersten Mal überhaupt im Baskenland – die Regierungsgewalt an die Sozialisten abtreten, die eine von den Konservativen tolerierte Minderheitsregierung un-

ter Ministerpräsident Patxi López bildeten. Seither ist an der baskischen Nationalismusfront Ruhe eingetreten, das politische Leben im Baskenland „normalisierte“ sich, der atmosphärische Wandel war allenthalben spürbar, spanische Flaggen waren an institutionellen Gebäuden wieder zu sehen, die Freistaats- und Referendumspläne verschwanden von der politischen Agenda. Im Oktober 2011 stellte die inzwischen äußerst geschwächte ETA alle militärischen Operationen ein, im Februar 2014 begann die Entwaffnung von ETA, die sich allerdings noch lange hinzog. Das dunkle ETA-Kapitel war für das Baskenland und für Spanien aber endgültig geschlossen.

Mit dem Ende des ETA-Terrorismus und der Integration der Radikalnationalisten in die demokratisch-parlamentarischen Strukturen gelang dem Baskenland ein großer Schritt auf dem Weg zur politischen Normalität. Im März 2017 kündigte ETA schließlich eine „einseitige und bedingungslose Entwaffnung“ an. Damit war die Terrorismusorganisation endgültig ausgeschaltet – durch die Polizei, die baskische Gesellschaft und die spanische Demokratie. Gleich nach dem Ende von ETA begann der Kampf um die Deutung; bis heute tut sich die baskische Gesellschaft allerdings schwer mit ihrer dunklen Vergangenheit.

Spanien am Abgrund: von der Finanz- zur Systemkrise

Die 2008 begonnene zweite Amtszeit von Ministerpräsident Zapatero gestaltete sich aus mehreren Gründen ausgesprochen schwierig. Zum einen hatte die Sozialistische Partei nur 169 der 350 Parlamentssitze errungen, die absolute Mehrheit somit klar verfehlt; im Laufe der Legislaturperiode wurde es zusehends schwierig, zur Verabschiedung von Gesetzen parlamentarische Mehrheiten zu erhalten. Zum anderen geriet Spanien mit aller Wucht in die Finanz- und Wirtschaftskrise (vgl. Bernecker 2018, S. 334 ff.; Köhler 2010, S. 7 ff.) Schon im Januar 2008 erlebte der spanische Börsenindex Ibex-35 infolge der US-Immobilienkrise und der internationalen Börsenschwankungen den größten Einbruch seit seinem Bestehen. Dies wirkte sich vor allem auf den Immobiliensektor aus. Anfang 2010 sah die Lage dramatisch aus: Der Bausektor, der 2007 noch 11 Prozent zum BIP beigetragen hatte, war kollabiert, die Arbeitslosigkeit erreichte mit vier Millionen Rekordwerte, Konjunkturprogramme verfehlten ihre Wirkung, Ratingagenturen senkten die spanische Kreditwürdigkeit, die Staatsfinanzen waren aus dem Gleichgewicht geraten, die Sparprogramme der Regierung führten zu Streiks und Massendemonstrationen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise setzte einem langen Boom ein jähes Ende. (vgl. Köhler 2010)

Insgesamt litt Spanien unter der Krise weit mehr als andere europäische Staaten. Das BIP-Wachstum verringerte sich, das Haushaltsdefizit stieg. Aber nicht alle Indikatoren waren schlecht: Da Spanien in den Wachstumsjahren Budgetüberschüsse von bis zu 2 Prozent des BIP erwirtschaftet hatte und die Staatsquote auf niedrige 39 Prozent gesenkt werden konnte (Deutschland 43 Prozent, Frankreich 52 Prozent), blieben die Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft mit 53 Prozent auch 2010 unter dem EU-Durchschnitt und weit

niedriger als in Deutschland (73 Prozent) oder Frankreich (78 Prozent). Außerdem überstanden die spanischen Großbanken (Santander, BBVA) – im Unterschied zu den Sparkassen – die Finanzkrise ohne größere Einbrüche.

Obwohl die Krise 2009/2010 allenthalben spürbar war, leugnete sie die Regierung Zapatero vorerst und erklärte dann, sie ohne sozialstaatliche Einschnitte überwinden zu können. Dafür wurden hohe Haushaltsdefizite in Kauf genommen. Im Mai 2010 konnte Zapatero aber nicht umhin, die bis dahin größten Kürzungen von Sozialleistungen seit der Einführung der Demokratie vornehmen zu müssen. Ein Jahr später gipfelte die Unzufriedenheit mit seiner Regierung in der Protestbewegung des *Movimiento 15-M*, deren Sympathisanten – die *indignados* („Empörte“) – wochenlang zentrale Plätze im ganzen Land besetzt hielten.

Letztlich hatte die Regierung kein Konzept gegen die Krise, und schließlich blieb Zapatero nichts anderes übrig, als vorgezogene Neuwahlen für Ende 2011 anzukündigen. Bei diesen Wahlen erlitten die Sozialisten eine geradezu historische Niederlage, sie stürzten auf 28,7 Prozent ab, während die Konservativen (PP) unter Mariano Rajoy mit 44,6 Prozent der Stimmen einen erdrutschartigen Sieg davontrugen und mit absoluter Mehrheit regieren konnten. Trotz dieser parlamentarisch komfortablen Situation entwickelte sich die Ende 2011 begonnene Legislaturperiode für die Konservativen zu einer der konfliktivsten in der jungen spanischen Demokratie. Drei große Problembereiche belasteten in jenen Jahren das Land: zum einen die Wirtschafts- und Finanzkrise, die nicht enden wollte und allmählich zu einer Dauerkrise wurde; zum anderen die Separatismusbewegung in Katalonien, die das gesamte territoriale Institutionengefüge des Landes aus den Angeln zu heben drohte; zum dritten schließlich eine Glaubwürdigkeits- und Legitimitätskrise des gesamten politischen Systems, sämtlicher Politikerinnen und Politiker und der Politik insgesamt, die auf nicht endende Korruptionsfälle in nahezu allen politischen Parteien, vor allem aber in der regierenden Konservativen Partei, zurückzuführen war und zum rapiden Anwachsen neuer, systemkritischer politischer Bewegungen und Formationen führte.

Von der Krise wurden ausnahmslos alle Institutionen des Staates erfasst, auch und gerade die Monarchie. Dass König Juan Carlos in den letzten Jahren deutlich an Popularität eingebüßt hatte und darunter auch das Ansehen der Monarchie litt, hing auch mit verschiedenen Fehlritten (wie einer Elefantenjagd in Botswana und der zerrütteten Ehe) des Staatsoberhaupts zusammen. Als sich auch noch körperliche Gebrechen häuften, trat der Monarch die Flucht nach vorne an und kündigte im Frühjahr 2014 seinen Thronverzicht an. Mitte des Jahres übernahm dann sein Sohn Felipe (Philipp), dessen Ansehen durch keinerlei Skandale beschädigt war, den Thron; schlagartig stiegen erneut die Beliebtheitswerte für den jungen König Felipe VI. Zumindest an dieser Krisenfront trat vorübergehend Ruhe ein, allerdings nur für wenige Jahre, nachdem im Frühjahr 2020 bekannt wurde, dass der emeritierte König Juan Carlos I. vom saudi-arabischen Königshaus über längere Zeit hinweg millionenfache Korruptionsgelder in Zusammenhang mit Eisenbahnbauprojekten angenommen

hatte. Der frühere König verließ Hals über Kopf Spanien, das Ansehen der Monarchie brach dramatisch ein.

Seit dem Platzen der Immobilienblase und dem Beginn der Krise wurden zu Beginn der 2010er Jahre mehrere Millionen Arbeitsplätze abgebaut – viermal mehr als in jedem anderen Land der EU, allein im Bausektor 920.000. Der spanische Arbeitsmarkt wurde zum schnellsten Arbeitsplatzvernichter Europas. Die Gesamtarbeitslosigkeit stieg in den Folgejahren auf 26 Prozent (somit auf rund sechs Millionen Personen), die Jugendarbeitslosigkeit auf über 50 Prozent, der Anteil der Langzeitarbeitslosen nahm auf 43 Prozent aller Arbeitslosen zu. Diese dramatische Entwicklung war wesentlich auf das in Spanien praktizierte Modell externer Flexibilität zurückzuführen, demzufolge die Unternehmen Nachfragerückgänge sofort in Entlassungen umsetzen. Von den zwei Säulen des Wachstumsmodells – Wohnungsbau und Tourismus – blieb nur noch eine, der Tourismus, bestehen; zumindest dieser rettete das Land vor noch weit gravierenderen Auswirkungen der Krise. Die Innovations- und Wettbewerbsschwäche der spanischen Wirtschaft kam allerdings voll zum Tragen und verschärfte die sozioökonomische Gesamtsituation weiter.

Die zuvor lange Zeit obwaltende Begeisterung für die EU ließ, infolge der von Brüssel auferlegten Austeritätspolitik, merklich nach. Der Optimismus der vorhergehenden Boomphase wich überwiegender Skepsis, alte Stereotype der Zukunftsunfähigkeit Spaniens wurden wieder diskutiert. Die ohnehin hohe Fragmentierung der Gesellschaft nahm weiter zu, Ungleichheit und Armut wurden wieder zu Massenphänomenen. Von den großen Parteien wurden keine umfassenden Lösungen mehr erwartet; deswegen erregte 2014 der plötzliche und außergewöhnliche Aufstieg einer Protest- und Antisystempartei (*Podemos*) internationale Aufmerksamkeit. Allenthalben herrschte der Eindruck vor, Spanien stehe am Ende eines Zyklus und am Beginn eines anderen, noch ungewissen wirtschaftlich-politischen Modells.

Die Partei *Podemos* (heute: *Unidas Podemos*) entstand als primär jugendliche Protestbewegung der *indignados* („Empörte“), die ab Mitte Mai 2011 Massendemonstrationen auf den Straßen und in den Stadien vieler spanischer Städte gegen den rigorosen Sparkurs und die neoliberale Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung Rajoy organisiert hatten. Die Zustimmungsqoten zur sich als „transversal“ definierenden Anti-Establishment-Partei schwankten sehr, was vor allem auf ihre inkonsequente ideologische Ausrichtung und ihren zunehmend autoritären Charakter unter dem Parteigründer Pablo Iglesias zurückzuführen war. In den Folgejahren konnte sich die Partei allerdings konsolidieren und damit das Ende des jahrzehntelang obwaltenden Zweiparteiensystems herbeiführen.

Nicht nur auf der Linken erweiterte sich durch die Krise das Parteienspektrum, sondern auch auf der rechten Mitte. Zur gleichen Zeit wie *Podemos* entstand nämlich die liberal-konservative Partei *Ciudadanos* („Bürger“), die die vom PP enttäuschten Wählerinnen und Wähler sammeln wollte. *Ciudadanos* gab sich anfänglich ein Wahlprogramm, in dessen Zentrum die Bekämpfung der Korruption stand, die sich (vor allem im PP) zu einem endemischen und systemischen

Problem entwickelt hatte. Der *Ciudadanos*-Vorsitzende Albert Rivera machte aus der Partei die neue politische Heimat der (zuerst) gemäßigten Rechten, wandte sich wenige Jahre später aber rechtsnationalistischen Positionen zu, was ihn viele Sympathien unter den Wählerinnen und Wählern und schließlich den Parteivorsitz kostete. Die Partei konnte sich allerdings, wenn auch geschwächt, halten, womit Spanien ein Vierparteiensystem erhielt, die Zeiten absoluter Parlamentsmehrheiten waren vorbei, der in der Transition begonnene politische Zyklus war an sein Ende gelangt.

Die schnelle Wandlung von einem Zwei- zu einem Vierparteiensystem und inzwischen, mit der Etablierung der Rechtsextremisten von Vox, zu einem Fünfparteiensystem kostete das Land enorme politische Energien. Nach den Parlamentswahlen von Dezember 2015 wurde die Situation im Parlament derart verworren, dass sich die Parteien mit immer neuen „roten Haltelinien“ ständig gegenseitig blockierten.

Völlig überraschend gelang es dem PSOE-Generalsekretär Pedro Sánchez Mitte 2018, den völlig diskreditierten konservativen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy, dessen Partei gerade damals das für den PP vernichtende Urteil im „Gürtel“-Korruptionsprozess einstecken musste, durch ein konstruktives Misstrauensvotum im Parlament zu stürzen und selbst das Amt des Regierungschefs zu übernehmen. Allerdings sah sich die von ihm gebildete Minderheitsregierung durch die zunehmende Zersplitterung der Parteienlandschaft immer größeren Problemen ausgesetzt, da die im Parlament vertretenen Kräfte sich als kompromissunfähig erwiesen, sich bei nahezu allen Abstimmungen gegenseitig blockierten, eine stabile Regierung unmöglich machten und innerhalb kurzer Zeit wiederholt Neuwahlen erzwangen. Neuer PP-Vorsitzender wurde Pablo Casado, der in allen „nationalen“ und gesellschaftlichen Fragen äußerst konservative Positionen vertritt.

Die Bilanz der Regierung Rajoy (2011-2018) war äußerst ambivalent. Das katalanische Unabhängigkeitsproblem hatte sich von Jahr zu Jahr verschärft und das Land in eine veritable Staatskrise gestürzt; während der konservativen Regierungszeit nahm die 2008 ausgelöste Finanzkrise ihren Lauf und führte zur Verarmung eines erheblichen Teils der spanischen Bevölkerung; die Jugendlichen (aber nicht nur diese) sahen sich einer aussichtslosen Arbeitsmarktsituation gegenüber, die zehntausende qualifizierte Arbeitskräfte zu massenhafter Auswanderung zwang. Trotz erheblicher Sparmaßnahmen und staatlicher Kürzungen in vielen Bereichen konnte die öffentliche Schuldenquote nicht reduziert werden.

Durch die Parlamentswahlen von April 2019 etablierte sich endgültig – bei Stärkung der politischen Ränder – ein Fünfparteiensystem. Erst nach den vierten Wahlen in vier Jahren gelang es im Dezember 2019 PSOE und Unidas Podemos, eine linke Minderheitsregierung zu bilden. Parlamentarisch ist diese erste Koalitionsregierung der neueren spanischen Demokratie sehr schwach fundiert, da die beiden Koalitionspartner in vielen Fragen uneins sind, zusätzliche parlamentarische Unterstützung nur schwer zu erhalten ist und die parlamentarischen Mehrheiten bei jeder Gesetzesvorlage neu ausgehandelt werden müssen; die Perspektiven bleiben äußerst ungewiss. Möglicherweise jedoch bedeuten

die Schlussjahre des zweiten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts das Ende eines langen politischen Zyklus. Als Charakteristika der neuen politischen Phase können das relativ junge Alter sämtlicher Parteiführer, das Fehlen (auf längere Zeit) klarer Mehrheitsverhältnisse im Parlament sowie der Zwang zu Kompromissen und Koalitionen gelten. Regieren ist in Spanien heute deutlich komplexer als früher.

Als besonders problematisch erweist sich die Katalonienfrage, bei der es seit Jahren schon nicht mehr (nur) um Steuern und Finanzen geht, sondern um die Einheit Spaniens und den Fortbestand des Staatsmodells. Die vorgezogenen katalanischen Parlamentswahlen von September 2015 sollten für President Artur Mas ein Referendumsersatz sein. Aufgrund des Wahlsystems erhielten die Separatisten eine knappe Parlamentsmehrheit, neuer katalanischer President wurde der überzeugte Separatist Carles Puigdemont. In den folgenden Jahren hielten sich die katalanischen Institutionen immer weniger an spanische Gesetze und die Verfassung, Urteile des Verfassungsgerichts wurden nicht anerkannt. Am 1. Oktober 2017 kam es – trotz Verbots – zu einer illegalen und höchst irregulären Abstimmung über die Abspaltung Kataloniens von Spanien, in deren Folge das katalanische Parlament die Unabhängigkeit erklärte. Diese verfassungswidrige Erklärung führte zur sofortigen Anwendung durch Madrid des Artikels 155 der Verfassung, aufgrund dessen die katalanische Regierung abgesetzt, das Parlament aufgelöst, führende Politikerinnen und Politiker inhaftiert und die Autonome Gemeinschaft vorübergehend unter Zwangsverwaltung des Zentralstaates gestellt wurde. Die Spannungen zwischen Madrid und Barcelona nahmen weiter zu und bestehen bis heute fort, ohne dass sich eine baldige Lösung abzeichnen würde, da die spanische Regierung bei ihrer Politik unbeirrt auf die Verfassung und die dort festgeschriebene Unteilbarkeit der spanischen Nation rekurriert, während die separatistischen Organisationen Kataloniens auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verweisen und dementsprechend eine Abstimmung (nur in Katalonien!) über die Unabhängigkeit ihrer Autonomen Gemeinschaft von Spanien verlangen.

Im Frühjahr 2020 wurde das Katalonienproblem schlagartig vom ersten Platz der politisch-gesellschaftlichen Agenda vertrieben. Als es so aussah, als neige sich die seit zehn Jahren das Land heimsuchende Finanz- und Wirtschaftskrise ihrem Ende zu, wurde Spanien zu einem der am meisten betroffenen Opfer der weltweit grassierenden Corona-Pandemie. Zehntausende von Toten, Hunderttausende von Infizierten, drastische Einschränkungen für die Gesamtgesellschaft und eine wirtschaftliche Katastrophe nie dagewesenen Ausmaßes: Die Pandemie erschütterte das Land in seinen Grundfesten und zerstörte alle mühsam erarbeiteten Fortschritte der vorhergehenden Jahre. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen Parteien PSOE und PP nahmen dramatisch zu, die Madrider Zentralregierung und einzelne Autonome Gemeinschaften bekämpften sich unerbittlich, die Strukturprobleme im Gesundheitswesen traten deutlich zu Tage, parteipolitische Profilierungssucht dominierte. Das Jahrzehnt endete mit einer noch gravierenderen Krise, als es sie zu Beginn erlitten hatte. Ein mühsamer Wiederaufbau steht bevor.

Krise(n) als Chance?

„Krise(n) als Chance?“ Will man nach dem bisher Dargelegten auf dieses Leitthema der vorliegenden Ausgabe von Politisches Lernen 3-4|2020 für den spanischen Fall eine vorläufige Antwort geben, so muss diese skeptisch ausfallen. Seit dem geglückten Übergang in die Demokratie im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ist Spanien von vielen, sehr heftigen Krisen erschüttert worden, ohne dass sich erkennen ließe, dass das Land diese Krisen auch als Chance erkannt hätte, durch grundlegende Reformen stärkere Widerstandskräfte gegen die Wiederkehr stets neuer und anders gearteter Krisen zu entwickeln. Die Immobilien-, Banken- und Finanzkrise nach 2008 führte nicht zu einer Reform des Wirtschaftsmodells, die Labilität der ökonomischen Strukturen blieb bestehen und machte sich 2020 im Zuge der Corona-Pandemie sofort wieder bemerkbar. Die Korruptionsanfälligkeit scheint – trotz zahlreicher Prozesse, Verurteilungen und Inhaftierungen – nicht abgenommen zu haben. Der emeritierte König hat – bei allen unzweifelhaften Verdiensten für die Demokratisierung des autoritären Systems nach 1975 – aus den geschichtlichen Erfahrungen seiner Vorfahren nicht die richtigen Schlüsse gezogen und die monarchische Institution in eine tiefe Krise gestürzt. Das von Madrid aus sehr ungeschickt angegangene Katalonienproblem steckt in einer vorläufig unlösbaren Sackgasse. Aggressive Gegnerschaft zwischen den politischen Eliten und radikale Konfrontation der Parteilager prägen die politische (Un-)Kultur des Landes, verhindern Reformen und blockieren staatliches Handeln. Angesichts einer extrem krisenhaft zugespitzten Situation wären gemeinsames Staatshandeln und verantwortungsbewusste Zusammenarbeit der politischen Eliten erforderlich. Stattdessen ist der in der Transition nach 1975 erzielte Konsens über ideologische und Parteigrenzen hinweg systematischer Konfrontation gewichen.

Spanien hat seine Krisen (bisher) nicht als Chance zu einem solidarischen Zusammenwirken und zu dringend erforderlichen Reformen genutzt.

Literatur

- Bernecker, Walther L. (Hrsg. u.a.) (2009): *Crisis? Qué crisis? España en busca de su camino*, Madrid
- Bernecker, Walther L. (2010): Zwischen „Nation“ und „Nationalität“: Baskenland und Katalonien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, APuZ 36-37/2010, S. 14-20 (www.bpb.de/apuz/32538/zwischen-nation-und-nationalitaet-das-baskenland-und-katalonien; 24.10.2020)
- Bernecker, Walther L. (2018): *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, 6., neu bearbeitete, erweiterte Auflage, München
- Europäische Kommission (2008): *EU-Haushalt 2008. Finanzbericht*, Luxemburg (https://ec.europa.eu/budget/library/biblio/publications/2008/fin_report/fin_report_08_de.pdf; 24.10.2020)
- Die Europäische Union (2020): *Wirtschaft* (https://europa.eu/european-union/about-eu/figures/economy_de; 24.10.2020)
- Instituto Nacional de Estadística (2020): www.ine.es; 24.10.2020
- International Monetary Fund (2020): *Spain* (www.imf.org/en/Countries/ESP#countrydata; 24.10.2020)
- Haubrich, Walter (2020): „Besser als gestern, schlechter als morgen“. Essay, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, APuZ 36-37/2010, S. 3-6 (www.bpb.de/apuz/32534/besser-als-gestern-schlechter-als-morgen-essay; 24.10.2020)
- Juliá, Santos (2019): *Demasiados retrocesos. España 1898-2018*, Madrid
- Köhler, Holm-Detlev (2010): *Spanien in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, APuZ 36-37/2010, S. 7-13 (www.bpb.de/apuz/32536/spanien-in-zeiten-der-globalen-wirtschaftskrise; 24.10.2020)
- Marqués Perales, Ildefonso (2015): *La movilidad social en España*, Madrid
- Piqué, Josep (u.a.) (2017): *Escucha, Cataluña. Escucha, España*, Madrid
- Torreblanca, José Ignacio (2015): *Asaltar los cielos. Podemos o la política después de la crisis*, Barcelona
- Sebastián, Carlos (2016): *España estancada. Por qué somos poco eficientes*, Barcelona